

Berliner Tageblatt

Nr. 361

und Handels-Zeitung

Samstag, 1. August 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Im Uebergangslager von Schneidemühl.

Das Schicksal der Ausgewiesenen.

Unmenschliche Härten bei der Vertreibung. — Kinderfürsorge und Arbeitsvermittlung. — 2000 neue Wohnungen mit Staatszuschuß.

Das Uebergangslager ist jetzt in den großen Hallen errichtet, die die Altkaserne während des Krieges erbaut haben. Es liegt an Roje. In manchen zwei, drei Familien zusammengepackt, oft 20 Personen in einem Raum. Das Schicksal ist das gleiche der Kinder in der Nacht. Die Regierung will ein Kinderheim errichten. Sie erwartet Disziplinieren aus Polen, die sich aus der Stätte ihres alten Lebens vertrieben worden sind. Aber die Mütter hängen an ihren Kindern. Die Vorgesetzten der Regierung in Schneidemühl fragen in meiner Gegenwart eine Mutter von 5 Kindern, ob sie ihre Schicksale in die Nacht über aus dem Lager in ein Kinderheim geben möchte. „Nein, auch das Nachts, damit die Lärme der Kinder nicht auf mich und die Kinder selbst besondere Wahrung und Pflege ist. Von meinen Kindern möchte ich mich doch nicht trennen. Im Abend möchte ich sie bei mir haben.“ So lautet die Antwort in den Müttern, die denen mit nachfragen. Hier wird die Regierung den gewöhnlichen Polen ausweisen müssen, um die Mutter zu befragen. Die Grenzstadt Polen-Westpreußen hat noch kein Kinderheim. Die besonderen Verhältnisse machen die Errichtung dringend notwendig, die den augenblicklichen Bedarf hinaus im dauernden Interesse der Mutter liegt.

Eine andere Frau meint die Laufende, die in der vollen Unternehmung haben: Feuergefahr. Heute Nacht gab es einen großen Alarm. Weiß Gott, wie der Schreckensruf „Feuer!“ kam. Eine Bombe konnte zum großen Glück unterbrochen werden. Die Gefahr ist vorhanden, eine wirkliche oder eine eingebildete. Selbst die eingebildete Gefahr kann schrecklich werden. Bei der Nacht würden Hunderte von Frauen und Kindern zerstreut. Man soll ab heute abend eine starke Feuerwache in Alarm sein, deren billige Anwesenheit schon bezweifeln würde, und die im Brand im ersten Aufkommen zerfallen kann, ohne sich selbst zu schaden. Man hat Feuer weiter treiben.

Sie hat in die Nacht tiefen gehen die Jüge ein. Die Gefahr des Lagers ist auf über 6000 Mann getrieben. Viele Kinder, besonders Unverheiratete, konnten sofort weitertransportiert werden. Die Arbeitsvermittlungsbüro funktioniert schlecht. Der Leiter des Königsberger Arbeitsnachweises hat die Arbeitsvermittlungsbüro vor. Mit einigen klugen und klugen Worten bringt er die drängende Menge in Ruhe und Glauben. In jeder Hinsicht und vor allem dafür, daß unbekannte Arbeiter nicht billiges Personal zur schamlossten Ausbeutung erhalten. Ankommen, denen eine Stelle nachgehenden suchen kann, wenn es den anfordernden Arbeitsnachweise gefehlt, dessen Kenntnis über die Verhältnisse eines Mißbrauch der Arbeitsvermittlung ausschließt. Saisonarbeiter werden nicht vermittelt. Wünsche der Optanten, in der Industrie unterzukommen oder auf einen Anstieg im Gutsintendant zu werden, können nicht erfüllt werden. Aber dafür wird gefordert, daß die Leute nicht als Knechte irgendwelchen Stall wohnen, sondern unter ähnlichen Verhältnissen in ihrer Heimat eingesetzt werden und Familienanschluss haben.

Die nächsten zwei Tage werden noch stürmisch sein. Im Lager geht es eng zu. Einige haben im Wagon ihr Nachtlager aufgeschlagen müssen, andere sind in Einzelzellen untergebracht, die in einen ungeheuren Schiffsaal verwandelt sind. Die Erscheinungen des Massenandranges werden bald schwinden. Die täglichen Transporte von Tausenden ins Innere Deutschlands. Handwerker und Maurer werden am deutschen Arbeitsmarkt gut aufgenommen. Im Lager bleiben jene zurück, die sich eine selbständige Existenz gründen oder einen Weg laufen wollen. Sie müssen mit ihren bescheidenen Mitteln sorgsam Umschau halten, um nicht in übermäßige Schulden bei den Kreditinstituten in Deutschland selbst zu kommen.

Der erfreulichste Eindruck im Lager ist, daß die Stimmung im ganzen und großen ausgezeichnet ist. Ich habe auf meinen ausgedehnten Gängen durch das Lager keine einzige sentimentale Klage gehört. Selbstverständlich ist der Wunsch in jedem einzelnen neues Leben wieder beginnen zu können. Aber die Leute halten mit vorbildlicher Strenge an. Sie sehen, daß das Möglichkeit für sie gegeben wird, und sie gebilden sich. Sie stehen stundenlang in Schlängen an. Aber jeder hat die Gewissheit, bald in andere Verhältnisse zu kommen. Zu räumen ist, daß das Essen von allen Anfallen des Lagers gelobt wird. Die leibliche Speisung ist für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Stimmung im Lager von Bedeutung. Hier und da sind Verleumdungen bemerkbar, parteipolitische Tendenzen in das Lager hineinzutragen. Solche Verleumdungen müssen und werden, wie wir zu wissen glauben, von der Regierung in Schneidemühl rücksichtslos unterdrückt werden. Die Fürsorge für die Optanten ist eine nationale Angelegenheit aller Deutschen; sie gibt keinen Raum für Parteipolitik. Zu bedauern ist, daß eine große Reihe von Optanten, welche kein Ziel hatten, welche nicht wußten, ob sie bei Verwandten bestimmt unterkommen werden, nach Berlin gefahren sind und, wie bereits nach Schneidemühl telephoniert worden ist, auf dem Anhalter und Schöneberger Bahnhöfen herumliegen. Auch innerhalb, als die oberflächlichen Forderungen nach Teilschuld zurückzuführen, haben viele die Anhaltelaktionen und Lager mit ihrer vorübergehenden Unberechenbarkeit gemieden und sind in die Gewissheit gefahren. Eine solche Gemüthslosigkeit schließt naturgemäß jede Organisation aus, falls vielleicht dem einen oder dem anderen zu einem Wachsen verhelfen, macht aber eine organisierte Hilfe gänzlich unmöglich.

Mit Hilfe der preussischen Regierung werden ungefähr 2000 Wohnungen errichtet werden, von denen ungefähr 1000 für landwirtschaftliche Arbeiter, der Rest von ihnen an die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung, wie Brauereiarbeiter und Angestellte entfällt. Die Hauptzucht dieser Wohnungen wird in der Grenzstadt Polen-Westpreußen gebaut werden, der Rest in Pommern und Schlesien. Untermietet wird ein sehr hoher Prozentsatz dieser Wohnungen für Optanten zur Verfügung gestellt werden. Die Veranschlagung liegt darin, daß nicht nur die alle anderen Wohnungen die Hauszinssteuer zur Finanzierung herangezogen wird, sondern daß der Staat auch für jede Wohnung 2500 Mark als Fonds perdu gibt.

Diejenigen Deutschen, welche der polnischen Räumungsaufforderung nicht freiwillig gefolgt sind, werden bis zum 10. August im Schneidemühl Lager erwartet. Im allgemeinen muß entschieden festgestellt werden, daß das Lager keineswegs von unheimlichen Härten gegen Polen wiederholt. Aber der einzige Wunsch der Optanten ist, in möglichst kurzer Zeit das schicksale Dach über ihrem Haupt zu finden. Aber das eine verlangt das Billigkeit der Optanten, die ihre Erhaltung nur von den polnischen Behörden abgeben haben und über die den deutschen Behörden nur unvollständigen Wissen überreicht worden sind. In diesen Wissen haben bemerkt, daß ihre Wohnungen, welche den nachdrängenden Polen mit Billigkeit belegt wurden, verlangen auch in die Wohnungen jener polnischen Optanten eingewiesen zu werden, die ihnen von Rechts wegen zusteht.

das in gewissem Maße die französischen Inhaber russischer Papiere zufriedensetzt und andererseits auch von politischen und finanziellen Standpunkt aus für die Sowjetregierung annehmbar wäre.

Die Fremden in China.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilt, ist es zwischen London, Washington und Tokio nun zu einem vollkommenen Übereinstimmen hinsichtlich der Antwort dieser Staaten auf die Note der Pekingregierung vom 21. Juni betr. die Extraterritorialrechte und die Teilprobleme gekommen. Alles, was noch zu regeln bleibt, sind reifens die Form, in der die Antwort der Vertragsmächte erfolgen soll, nämlich ob in Gestalt einer diplomatischen Note oder als eine Erklärung an das chinesische Volk, und zweitens die Forderung der extraterritorialen Kommission, die für die Eintragung der extraterritorialen Kommissionen in Bezug auf die juristische Kommission, die die Zwischfälle in Shanghai unterliegen soll, wo der Korrespondent mitteilen, daß die Ämter der italienischen Regierung und die einiger kleinerer interessierter Mächte noch nicht in Peking überreicht worden sind.

Zusammenbruch und Verantwortlichkeit.

„Einstimmig angenommen.“

Von Dr. Ernst Feder.

In Frankreich ender alles mit einem Lied. In Deutschland mit einer gründlichen wissenschaftlichen Unternehmung. In vier Abteilungen soll jetzt das große Werk des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Man beginnt mit der vierten Abteilung. Von dieser legt der Verlag Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) zunächst die ersten drei Bände vor. Hier werden auf mehr als dreihundert Seiten die Ursachen des Zusammenbruchs, vorläufig unter Ausschaltung der längst abgenutzten Dolchstoßlegende, untersucht. In den drei Bänden, die General v. Kuhl, Generalstabschef Schwerdtfeger und Geheimrat Delbrück erliefert haben. In den den ganzen ersten Band füllenden Verhandlungen des Ausschusses, die sich fast über drei Jahre vom 13. Juli 1922 bis zum 26. Mai 1925 erstreckten. Endlich in den Entscheidungsvoten. Die teils einstimmig, teils von der Mehrheit angenommen sind. Die Mehrheitsschlüsse sind fast ausnahmslos mit den Stimmen der Wirtschaftsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums gegen die der Sozialdemokraten angenommen. Demokraten und Bayerische Volkspartei waren in diesem vierten Interimsausschuss des zwanzigsten Ausschusses fernerbeständig nicht vertreten, der Kommunist blieb der Abstimmung fern.

Geheimrat Delbrück hat das wissenschaftliche und historische Ergebnis der Kienarbeit an dieser Stelle in drei ausgezeichneten Artikeln zusammengefaßt, bei denen das Temperament seiner Persönlichkeit der Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit des Forschers keinen Abbruch tat. Von besonderer politischer Bedeutung ist daneben die Tatsache, daß es gelungen ist, in den Entscheidungsvoten die Vertreter der Rechtsparteien, im Gegensatz zu den Formeln ihrer bisherigen Parteipolitik, zu wichtigen Zugeständnissen zu bewegen. Ein hoher englischer Richter hat einmal gesagt: „Die Wahrheit kann überall zum Vorschein kommen, sogar in beschworenen Zeugnisaussagen.“ Die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses liefert den Beweis, daß auch in einer nach parteipolitischen Grundfragen zusammengeleiteten Kommission die historische Wahrheit ermittelt, einstimmig ermittelt werden kann. So ist jetzt, auch mit den Stimmen der Rechtsparteien, festgestellt, daß der Rücktritt Kühnmanns nach seiner bekannten Reichstagsrede vom 24. Juni 1918 unter starker Mitwirkung der Obersten Beeresleitung erfolgt ist, daß aber Kühnmanns anstößige Äußerung, der Krieg könne mit den Waffen allein nicht entschieden werden, der Denkschrift des Obersten v. Saevens entnommen war. Diese Denkschrift aber hatte General Ludendorff billigt. Und obwohl Ludendorff die Feststellung billigte, daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden konnte, lehnte die Oberste Beeresleitung bis zum 15. Juli 1918 diesen Standpunkt ab und gab zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines militärischen „Unentschiedens“ keine Anregung! „Einstimmig angenommen.“

Und weiter: Herr v. Hingpe befragte Mitte Juli 1918, vor Antritt seines Postens als Staatssekretär, den General Ludendorff und verstand dessen Antwort dahin, es werde gelingen, mit der jetzigen (Keims) Offensive den Feind endgültig zu besiegen. Damit ist das, was man mit einem Delbrückschen Wort Ludendorffs „doppeltes Gesicht“ nennen kann, vom Reichstagsausschuss festgestellt, auch mit den Stimmen der Rechtsparteien festgestellt. Die Verantwortung der Obersten Beeresleitung geht weiter. Festgestellt wird: Auch nach der Besprechung im Kronrat vom 14. August 1918 hat der Kanzler Graf v. Helldorf an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten und hat auch damals noch an einen für Deutschland günstigen Kriegsausgang geglaubt, im Sinne der in diesem Kronrat gemachten Äußerung Hindenburgs: „er hoffe, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.“ Diesen Satz Hindenburgs hat Ludendorff bekanntlich durch Korrektur des Protokolls die bestimmtere Form gegeben: „führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.“ Aus diesen Feststellungen des Ausschusses ergibt sich also die erschütternde Tatsache: noch Mitte August 1918, als die Gesamtoffensive gescheitert war, hat die Oberste Beeresleitung eindeutig über die militärische Lage informiert. Dabei hatte Ludendorff, wie Schwerdtfeger hervorhebt, in der Nacht vom 12. zum 13. August dem Obersten v. Saevens mit rückhaltloser Offenheit den Ernst der militärischen Lage enthüllt, so daß Saevens zu dem Eindruck kam: wäre unmittelbar darauf dem Kanzler und dem Staatssekretär die Lage auch nur annähernd so deutlich geschildert worden, dann hätten die Staatsmänner wissen müssen, es dürfe keine Stunde mehr verloren werden, um den Krieg zu beenden. Daneben hat auch die Rechte dem Staatssekretär v. Hingpe bestätigt, daß er vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte zur Beendigung des Krieges getan, daß er das Mögliche versucht hat, aber angesichts der militärischen Lage zu keinem Erfolge gelangen konnte.

Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden?

Kraffins Pariser Besprechungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Besprechungen über die russischen Vorkriegsschulden gegenüber Frankreich sind in ein überes Stadium getreten, wie wir bereits gestern andeuteten. Reise des russischen Vorkriegsschulden in Paris, Kraffins, nach Moskau mit viel dazu beigetragen zu haben, die Wege zu einer endgültigen Regelung zu ebnen. Die Sowjetregierung aus inneren Gründen war, daß die Sowjetregierung aus inneren Gründen auf keine Weise das Verlangen der Vorkriegsschulden anerkennen wollte. Aber man scheint, wie „Reit Pariser“ schreibt, in leitenden Sowjetkreisen allmählich bewußt zu werden, daß das nicht gelöste Problem der russischen Vorkriegsschulden nicht nur in sehr starkem Maße die französische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen Gebieten behindert, sondern auch andere Nationen Mißtrauen gegenüber den finanziellen Verpflichtungen der Moskauer Regierung haben. Jedemfalls sind der Rückkehr Kraffins die Besprechungen zwischen der französischen und russischen Kommission in Paris wieder aufgenommen, und man hofft, demnächst zu einem Ergebnis zu gelangen.